

Antrag auf Erteilung einer Weiterbildungsbefugnis
innerhalb der Bereichsweiterbildung

Im Rahmen der WBO PP/KJP und/oder der WBO PT der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz

Bitte per Fax an 06131-93055-20 oder per Post senden an:

Landespsychotherapeutenkammer RLP
 Diether-von-Isenburg-Str. 9-11
 55116 Mainz

Eingangsstempel:

Hiermit beantrage ich die Befugnis zur Weiterbildung in der unter **Teil 3** des Antragformulars genannten Weiterbildungsstätte gemäß § 7 der WBO PP/KJP bzw. § 11 der WBO PT.

Es handelt sich bei dem nachfolgenden Antrag, um einen:

- Erstantrag
- Verlängerungsantrag¹

1 Generelle Angaben für die Zuordnung / Antragsteller*in
Mitgliedsnummer ² :
Name, Vorname, Titel:
Straße, PLZ, Ort:
Telefon:
E-Mail:
Approbation und Berufsgruppe: Ich bin <input type="checkbox"/> Psychologische*r Psychotherapeut*in <input type="checkbox"/> Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in <input type="checkbox"/> Psychotherapeut*in <input type="checkbox"/> Fachpsychotherapeut*in für <input type="checkbox"/> Kinder und Jugendliche <input type="checkbox"/> Erwachsene <input type="checkbox"/> Neuropsychologische Psychotherapie
Ausstellende Behörde:

¹ Bitte beachten Sie, dass es sich nur dann um einen Verlängerungsantrag handelt, wenn ihre vormalige Anerkennung für genau diese Befugnis (gekoppelt an die jeweilige Stätte) zum Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht abgelaufen ist. Beachten Sie daher unbedingt die 7-jährige Befristung Ihrer Befugnisanerkennung.

² Bitte beachten Sie, dass nur Mitglieder der LPK RLP diesen Antrag stellen können.

Ggf. Zusatzbezeichnung im jeweiligen Bereich seit:

Erteilt durch die folgende Psychotherapeutenkammer:

Nachweis bitte in Kopie einreichen, falls dieser der LPK RLP noch nicht vorliegt!

Ggf. bereits vorhandene Befugnisse (Angabe Bereich/Gebiet und Stätte):

2 Die Befugnis wird für die folgende(n) Bereichsweiterbildungen

- I. Neuropsychologische Psychotherapie** *(altersübergreifend; nur nach WBO PP/KJP möglich)*
- II. Spezielle Psychotherapie bei Diabetes** Erwachsene Kinder & Jugendliche
- III. Spezielle Schmerzpsychotherapie** Erwachsene Kinder & Jugendliche
- IV. Analytische Psychotherapie** Erwachsene Kinder & Jugendliche
- V. Tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie** Erwachsene Kinder & Jugendliche
- VI. Verhaltenstherapie** Erwachsene Kinder & Jugendliche
- VII. Systemische Therapie** Erwachsene Kinder & Jugendliche
- VIII. Gutachterliche Tätigkeit im Bereich der Rechtspsychologie** *(altersübergreifend; nur nach WBO PP/KJP möglich)*
 - Strafrecht und Strafvollstreckungsrecht Glaubhaftigkeit der Zeugenaussage Familienrecht
 - Sozial- und Zivilrecht Verwaltungsrecht
- IX. Sozialmedizin** *(altersübergreifend)*

Bitte beachten Sie, dass pro Bereichsweiterbildung ein separater Antrag zu stellen und die jeweiligen Nachweise spezifisch für diesen Bereich einzureichen sind. Sollten Sie innerhalb eines Antrags mehrere sich überschneidende Bereiche beantragen, wird dies dennoch auf Verwaltungsebene als Mehrfachanträge gehandhabt.

3 Ich bin in folgender Weiterbildungsstätte tätig:	
Institution:	
Anschrift:	
Art der Tätigkeit / Anstellungsverhältnis / Position:	
<input type="checkbox"/> Vollzeit <input type="checkbox"/> Teilzeit	Bitte geben Sie den Umfang Ihrer Tätigkeit an:
seit:	
Weitere Tätigkeiten:	
Diese Einrichtung ist bereits als Weiterbildungsstätte zugelassen: <input type="checkbox"/> Nein, aber der Antrag liegt bei bzw. wurde bereits gestellt. <input type="checkbox"/> Ja. Anerkennung ist befristet zum:	
Die Weiterbildungsstätte wurde von folgender Psychotherapeutenkammer anerkannt:	
Sofern es sich nicht um eine von der LPK RLP anerkannte Weiterbildungsstätte handelt, bitte den entsprechenden Anerkennungsnachweis in Kopie einreichen!	

4 Folgende Nachweise sind beigefügt:	
<input type="checkbox"/>	Vollständiger Antrag nebst Anlagen und erforderlicher Unterschriften <i>(Antrag aufgrund der Unterschriften im Original; andere Nachweise in der Regel in Kopie ausreichend);</i>
<input type="checkbox"/>	Amtlich beglaubigte Kopie der Approbationsurkunde <i>(sofern diese der LPK noch nicht vorliegt);</i>
<input type="checkbox"/>	bei Beantragung der Befugnis für die Bereichsweiterbildung in einem Richtlinienverfahren: Kopie der Anerkennungsurkunde bzw. -zeugnisses, aus der sich auch die Qualifikation für die Psychotherapieverfahren ergibt.
<input type="checkbox"/>	Nachweis über die Anerkennung der Zusatzbezeichnung im jeweiligen Bereich, oder über die abgeschlossene vertiefte Ausbildung gemäß § 5 PsychThG im entsprechenden Bereich, oder über die entsprechende Fachkunde gemäß § 12 PsychThG. i. V. m. § 95 c SGB V (sofern dieser der LPK nicht vorliegt) <i>(sofern diese Nachweise der LPK nicht vorliegen, bei Verlängerungsanträgen sollten diese bereits vorliegen);</i>
<input type="checkbox"/>	tabellarischer Lebenslauf sowie Informationen / Selbsterklärung zur eigenen Tätigkeit (s. Anlage 1, Angaben zum Stellenumfang müssen bei diesen Nachweisen enthalten sein, um die notwendige Berufserfahrungszeit belegen zu können);
<input type="checkbox"/>	Nachweis über mind. 3-jährige praktische Tätigkeit im beantragten Bereich. Bei einer Tätigkeit in Teilzeit verlängert sich der Zeitraum der genannten Erfahrungszeiten entsprechend (Selbstauskunft s. Anlage 1). Beachten Sie bitte, dass nur Berufserfahrungszeiten berücksichtigt werden können, die nach dem Anerkennungsdatum des jeweiligen Richtlinienverfahrens oder des Abschlusses der entsprechenden Kammerweiterbildung – je nachdem über welchen Weg die relevante Vertiefung erworben wurde (Approbation oder Kammer-Zusatzbezeichnung) – liegen. Bitte auch entsprechende Nachweise (z.B. Tätigkeitsangaben aus dem persönlichen Benutzerprofil der KV-Homepage, Bescheinigungen des Arbeitgebers oder Arbeitszeugnisse) einreichen. <i>(sofern diese Nachweise der LPK nicht vorliegen, bei Verlängerungsanträgen sollten diese bereits vorliegen);</i>
<input type="checkbox"/>	Selbsterklärung hinsichtlich der persönlichen Eignung (s. Anlage 2);
<input type="checkbox"/>	Erklärung der Weiterbildungsstätte (s. Anlage 3).
<input type="checkbox"/>	ausgefülltes und unterschriebenes Tätigkeitsprofil (s. Anlage 5);

5 Erklärung:	
Mir ist bewusst, dass	
<ul style="list-style-type: none"> a) ich als befugtes Kammermitglied verpflichtet bin, die Weiterbildung persönlich zu leiten sowie zeitlich und inhaltlich entsprechend den Bestimmungen des Heilberufsgesetzes Rheinland-Pfalz und der Weiterbildungsordnung für PP & KJP und/ oder WBO PT der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz zu gestalten; b) ich der Tätigkeit als Weiterbildungsbefugte*r, wie sie hier in Anlage 5 beschrieben ist, nachzukommen habe; c) die Befugnis zur Weiterbildung auf sieben Jahre befristet ist und anschließend auf Antrag verlängert werden kann; d) wenn oder soweit die Voraussetzungen bei Erteilung nicht gegeben waren oder nachträglich nicht mehr erfüllt sind, die LPK RLP darüber entscheidet, ob die Befugnis ganz oder teilweise zurückzunehmen oder zu widerrufen ist; e) mein Name in das Verzeichnis der zur Weiterbildung Befugten gemäß § 7 Abs. 9 WBO für PP & KJP in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Nr. 7 HeilBG RLP aufgenommen und veröffentlicht wird; f) die in Weiterbildung befindlichen Mitglieder unverzüglich der LPK gemeldet werden müssen ((Formular für den Eintrag ins Weiterbildungsregister auf der Homepage zu finden)); g) dieser Antrag gebührenpflichtig ist; die Gebühr beträgt bei Erstanträgen 360,00 € und bei Verlängerungsanträgen 240,00 € jeweils pro Bereichsweiterbildung und Stätte. 	

5 Fortsetzung der Erklärung:

- Ich versichere, nur Dozent*innen hinzuziehen, die für die jeweiligen Weiterbildungsinhalte ausreichend qualifiziert sind und mich hierfür an den Vorgaben der Fortbildungsordnung sowie den Richtlinien der LPK RLP zu orientieren.
- Ich verpflichte mich, die absolvierten Leistungen und die Gespräche mit den Weiterbildungsteilnehmer*innen zu dokumentieren.
- Ich verpflichte mich, bei Beendigung meiner Tätigkeit an der unter Teil 3 des Antragsformulars genannten Weiterbildungsstätte, dem Ablauf der Stättenanerkennung oder bei deren Auflösung sowie bei Änderung und/oder Wegfall von Voraussetzungen, die zur Erteilung der Befugnis nachgewiesen wurden, die LPK RLP unverzüglich zu informieren (**Formular auf der Homepage**). Mir ist bewusst, dass ein Verstoß gegen die Anzeigepflicht gemäß § 9 Abs. 3 der WBO PP/KJP bzw. § 13 Abs. 7 der WBO PT zu Sanktionen entsprechend der Meldeordnung der LPK RLP führen kann.

Hiermit versichere ich die Richtigkeit meiner Angaben und die Übereinstimmung eingereichter Kopien mit den entsprechenden Originalen.

Die Gebühr für Ihren Antrag entsteht mit Antragsstellung; damit ist die Gebühr auch zu leisten, wenn der Antrag negativ beschieden oder zurückgenommen wird. Den Gebührenbescheid erhalten Sie nach Abschluss des Verfahrens.

Bitte geben Sie an, an wen die Rechnung des Antrags auf Anerkennung als Weiterbildungsbefugte*r adressiert werden soll:

- An den/die Befugte*n An die Weiterbildungsstätte

Zu verwendende Rechnungsadresse:

- s. Adresse der Antragstellerin auf S. 1 s. S. 2 Adresse der Weiterbildungsstätte

Sofern eine andere Rechnungsadresse verwendet werden soll, geben Sie diese hier bitte an:

Zur Information: Der Gebührenbescheid wird zusammen mit den anderen Dokumenten immer an den*die Antragsteller*in versendet. Soweit die Weiterbildungsstätte die Kosten übernimmt, müssen die Antragsteller*innen die interne Weiterleitung der Rechnung übernehmen. Für die Abrechnung kann es in diesen Fällen wichtig sein, dass die Weiterbildungsstätte als Rechnungsempfängerin benannt wird. Bei großen Weiterbildungsstätten stimmt die Rechnungsadresse zudem nicht immer mit der auf S. 2 angegebenen Postadresse überein.

Ort, Datum:	Name [Druckbuchstaben] und Unterschrift Antragsteller*in:
--------------------	--

Name [Druckbuchstaben] und Unterschrift der berechnigte*n Vertreter*in der Einrichtung
 (wenn mögl. mit Stempel der Weiterbildungsstätte)

Anlage 1: Zu den Angaben der Antragsteller*in

Bitte füllen Sie diese Anlage aus und fügen Sie diese dem Antrag bei. In Ihren Ausführungen bitten wir Sie insbesondere auf die kursiv dargestellten Punkte einzugehen und entsprechende Angaben zu machen.

Erklärung der/des antragstellenden Weiterbildungsbefugten

Nachweis über die erforderliche Tätigkeit im jeweiligen Bereich (§ 7 Abs. 2 WBO PP/KJP bzw. § 11 Abs. 2 WBO PT)

Jeweils Selbstauskunft zu Dauer und Umfang der geforderten Tätigkeiten im beantragten Bereich mit Nachweisen für die Bereichsweiterbildung (z.B. Tätigkeitsangaben aus dem persönlichen Benutzerprofil der KV-Homepage, Bescheinigungen des Arbeitgebers oder Arbeitszeugnisse).

2. Verantwortliche Leitung der Weiterbildung

Selbstauskunft der*des Antragsteller*in, mit Angabe der Anzahl der durchschnittlichen Wochenstunden, die die/der Weiterbildungsbefugte in der Weiterbildungsstätte tätig ist samt Nachweis durch die Weiterbildungsstätte.

3. Umfang der Weiterbildungsbefugnis

Selbstauskunft der/des Antragsteller*in zur Abdeckung der Kompetenzvermittlung/Richtzahlen gemäß Anlage 1 der WBO PP/KJP bzw. Abschnitt D der WBO PT;

- a. Darlegung, welche Kompetenzen und Richtzahlen nicht vermittelt werden;
- b. Fachkunde für Gruppenpsychotherapie (z. B. Abrechnungsgenehmigung oder äquivalente Qualifikationen);
- c. Abdeckung des von der Weiterbildungsstätte vorgelegten Diagnose- und Leistungsspektrums in der von der Befugten zu leitenden Weiterbildung.

Anlage 2: Selbsterklärung zur persönlichen Eignung (§ 7 Abs. 2 WBO PP/KJP bzw. (§ 11 Abs. 2 und § 12 Abs. 1 WBO PT)

Titel/Vorname/ Name: _____ geb. am: _____

Mitgliedsnummer: _____

Bestehen gesundheitliche Beeinträchtigungen, die Ihnen die verantwortungsvolle Ausübung der Arbeit als Weiterbildungsbefugte*r erschweren und/oder diese beeinträchtigen?

- Nein
- Ja, folgende (mit Zeitangabe):

Welche Folgen im Hinblick auf die Beeinträchtigung und Belastbarkeit sind noch vorhanden?

Abschluss-Erklärung:

Ich bestätige die Richtigkeit der getätigten Angaben. Ich bestätige darüber hinaus, dass keine berufsrechtlichen, strafrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Umstände vorliegen, die der Erteilung einer Befugnis entgegenstehen. Mir ist bewusst, dass sollten sich die Angaben als falsch herausstellen, die Weiterbildungsbefugnis ganz oder teilweise zurückgenommen oder widerrufen werden kann.

Ort, Datum:	Name [Druckbuchstaben] und Unterschrift der Antragsteller*in / des Antragstellers:

Anlage 3: Erklärung der Weiterbildungsstätte

Die Weiterbildungsstätte bei der die*der antragsstellende Weiterbildungsbefugte tätig ist, erklärt, dass

- ➔ die*der Weiterbildungsbefugte gegenüber der*dem Weiterbildungsteilnehmer*in die Weisungsberechtigung in Bezug auf die Umsetzung der Weiterbildung hat.
- ➔ die*der Weiterbildungsbefugte die Weiterbildung innerhalb der vorgegebenen Einrichtungsstrukturen nach Maßgabe der Weiterbildungsordnung persönlich leitet sowie zeitlich und inhaltlich gestaltet. Dazu wird gewährleistet, dass er*sie den Leistungsstand der einzelnen Weiterbildungsteilnehmenden und die jeweils erworbenen Kompetenzen sowie die Behandlungsergebnisse prüft, insbesondere im Rahmen von Supervisionen, Visiten, Gesprächen mit den Weiterbildungsteilnehmenden und anderen Dritten, die in die Weiterbildung involviert sind sowie Entscheidungen über den Fortschritt im individuellen Weiterbildungsplan trifft.
- ➔ die fachliche Anleitung der Weiterbildungsteilnehmenden gewährleistet wird.
- ➔ für den Fall, dass die fachliche Anleitung auch durch hierfür qualifizierte Dritte erfolgt, die*der Weiterbildungsbefugte die Qualität der fachlichen Anleitung in Bezug auf die ordnungsgemäße Durchführung der Weiterbildung sicherstellen kann.
- ➔ die*der Weiterbildungsbefugte in dem Umfang in der Einrichtung tätig ist, der erforderlich ist, die Aufgaben einer*eines Weiterbildungsbefugten wahrzunehmen.
- ➔ es Vertretungsregelungen für längere Abwesenheiten der*des Weiterbildungsbefugten gibt (z. B. Elternzeit, längere Krankheit) und bei Vertretungen eine Meldung an die LPK RLP erfolgt.

Kontaktdaten	
Name der Einrichtung	
E-Mail:	
Telefon:	

Abschluss-Erklärung:	
Die Richtigkeit der im Antrag gemachten Angaben und die Übereinstimmung der eingereichten Kopien mit den entsprechenden Originalen wird versichert.	
Ort, Datum:	Name [Druckbuchstaben] und Unterschrift der berechtigten Vertreter*in der Einrichtung:
Ort, Datum:	ggf. weiterer Name [Druckbuchstaben] und Unterschrift der berechtigten Vertreter*in der Einrichtung:
Ort, Datum:	ggf. weiterer Name [Druckbuchstaben] und Unterschrift der berechtigten Vertreter*in der Einrichtung:

Anlage 4: Tätigkeitsprofil Weiterbildungsbefugte*r

Zum Aufgabenbereich einer/eines Weiterbildungsbefugten in der Bereichsweiterbildung gehören:

1. Persönliche Leitung des Gesamtprozesses sowie zeitliche und inhaltliche Gestaltung der Weiterbildung entsprechend der Bestimmungen des Heilberufsgesetzes Rheinland-Pfalz und der aktuellen WBO PP/KJP bzw. WBO PT der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz.
2. Sofern die Weiterbildungsstätte für die Theoretische Weiterbildung zugelassen wurde: Entwicklung und Pflege eines an die Weiterbildungsordnung PP/KJP Anlage 1 bzw. WBO PT Bereich D orientierten **Curriculums** und die Bereitstellung der Theorie durch geeignete Dozent*innen. Sofern die Weiterbildungsstätte nicht für die Theoretische Weiterbildung zugelassen wurde, muss der/die Befugte über eine geeignete Kooperation mit einer durch eine Landespsychotherapeutenkammer anerkannten Weiterbildungsstätte die Durchführung der theoretischen Weiterbildung gewährleisten.
3. Die Pflicht, sich über Änderungen in der jeweiligen Weiterbildungsordnung auf dem Laufenden zu halten und die eigene Weiterbildung ggf. an diese Änderungen anzupassen.
4. **Vorhaltung notwendiger Strukturen:**
 - a. Die/der Weiterbildungsbefugte hat Sorge zu tragen, dass die Stätte, für die sie/er befugt ist, ausreichend geeignete **Patient*innen** zur Verfügung stellt und diese auch den Weiterbildungsteilnehmer*innen als Behandlungsfälle zuführt; sollte dies aus irgendeinem Grund nicht (mehr) möglich sein, müssen geeignete, der Weiterbildungsordnung entsprechende Kooperationen geschaffen werden. Neue Kooperationen müssen der LPK RLP zeitnah angezeigt werden. Hierfür ist die Zusendung einer Kopie der entsprechenden Vereinbarung erforderlich.
 - b. Zusammen mit dem eigenen Team sind die Strukturen für **Supervision** und **ggf. Selbsterfahrung** vorzuhalten; dies beinhaltet das Führen einer Liste hinzugezogener Supervisor*innen und/oder Selbsterfahrungsleiter*innen für die angebotene Bereichsweiterbildung. Es ist zu beachten, dass Weiterbildungsbefugte nicht die Selbsterfahrung der eigenen Weiterbildungsteilnehmer*innen übernehmen dürfen, wenn ein dienstliches Abhängigkeitsverhältnis vorliegt.
 - c. Sind durch die Vorgaben der Weiterbildungsordnung in der jeweiligen Bereichsweiterbildung noch **besondere Anforderungen** an die Strukturen gestellt – wie z.B. die Notwendigkeit der Durchführung von Hospitationen, der Teilnahme an Schmerzkonferenzen usw. –, ist der/die Befugte angehalten, die Weiterbildungsteilnehmer*innen sowohl bei der Erfüllung dieser spezifischen Anforderungen als auch bei auftretenden Konflikten zu unterstützen; z.B. in Form der Sammlung einer Liste möglicher Hospitationsstellen.
5. **Aufsicht und Betreuung** der Weiterbildungsteilnehmer*innen, hierzu gehört u.a.
 - a. regelmäßiger Kontakt zur Abklärung möglicher Probleme im Rahmen der Weiterbildung;
 - b. Überprüfung und Bestätigung der von den Weiterbildungsteilnehmer*innen erbrachten Weiterbildungsteile bzw. -leistungen (die Dokumentationspflicht obliegt den Weiterbildungsteilnehmer*innen);
 - c. unverzügliche Erstellung eines Zeugnisses nach Beendigung der Weiterbildung durch den/ die Weiterbildungskandidat*in; dieses sollte folgende Informationen beinhalten: erworbene Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten; Stellungnahme zur fachlichen Eignung; Dauer der abgeleiteten Weiterbildungszeit; Unterbrechungen der Weiterbildung insbesondere durch Krankheit, Schwangerschaft, Sonderurlaub, Wehrdienst; erbrachte psychotherapeutische Leistungen in Diagnostik und Therapie sowie die sonstigen vermittelten Kenntnisse.

6. **Pflichtmeldungen (Änderungsmeldung, siehe Formular auf der Homepage)** an die LPK RLP:
 - a. Substantielle Änderungen in der Weiterbildungsstätte, die die Durchführung der Weiterbildung erschweren, deutlich verlängern oder gar unmöglich machen (z.B. wenn nicht mehr ausreichend Patient*innen für die Weiterbildungsteilnehmer*innen zur Verfügung gestellt werden können).
 - b. Ein Ende der eigenen Tätigkeit an der Stätte bzw. eine Veränderung derselben (z.B. wenn die eigene Anstellung sich zu sehr reduziert, sodass die Verantwortung für die Durchführung der Weiterbildung nicht mehr übernommen werden kann).
 - c. Veränderungen in den bereits bestehenden Kooperationsvereinbarungen und Zusendung neuer Kooperationsvereinbarungen.
 - d. Weiterbildungsbefugte sind zudem verpflichtet, der LPK RLP neue Weiterbildungsteilnehmer*innen zu melden bzw. dafür zu sorgen, dass diese einen Eintrag in das Weiterbildungsregister bei der Kammer beantragen, wenn sie mit ihrer Weiterbildung *beginnen* (**Eintrag ins Weiterbildungsregister, siehe Formular auf der Homepage**).

7. Weiterbildungsbefugte müssen sich **kontinuierlich fortbilden**.

8. **Evaluation** des eigenen Weiterbildungsangebots.

Erklärung:	
Das vorliegende Tätigkeitsprofil sowie die WBO PP/KJP bzw. WBO PT der LandesPsychotherapeutenKammer Rheinland-Pfalz habe ich zur Kenntnis genommen. Hiermit versichere ich, in meiner Tätigkeit als Befugte*r den hier dargestellten Erfordernissen nachzukommen. Mir ist bewusst, dass anderenfalls die Weiterbildungsbefugnis ganz oder teilweise zurückgenommen oder widerrufen werden kann.	
Ort, Datum:	Name [Druckbuchstaben] und Unterschrift Weiterbildungsbefugte*r: